

Tagesordnung 2 Punkt 2 der öffentlichen Sitzung am 20.06.2007

Vorlage Nr. 07-V-05-0004

Weiterentwicklung der Informationstechnologie - eGovernment-Masterplan 2007-2009 und eGovernment Labor

Beschluss Nr. 0171

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass
 - gemäß Beschluss der StVV Nr. 0531 vom 16.11.2006 der eGovernment-Masterplan eingebracht wurde und ebenfalls die dort genannte Laborplanung vorliegt,
 - es zur Umsetzung des Masterplans derzeit nicht möglich ist, alle Wirkungsbeziehungen zwischen den verschiedenen IT-Produkten verschiedenster Hersteller und Betreiber „am grünen Tisch“, an Hand von white papers, Studienberichten und Präsentationen vorherzusagen, die bei einem Einsatz in einem komplexen System auftreten können,
 - sich die Praxistauglichkeit des theoretischen Konzepts in der Realität noch erweisen muss,
 - daher der Umsetzung des Masterplans eine Erprobungs-/Laborphase vorausgeht,
 - in der Laborphase - auch zur Investitionssicherheit - das technische Systemumfeld aus den einzelnen eGovernment Softwarekomponenten mit den gewünschten Funktionalitäten und Anforderungen an Interoperabilität zusammengefügt und im Ergebnis deren technische, human-soziale und organisatorische Eignung, Wirkung, Kompatibilität und Interaktion in der ganzheitlicher digitalen Prozessabbildung, z.B. mit der virtuellen Poststelle (der HZD und hessischen Landesbehörden) getestet werden,
 - zur Durchführung der Laborphase Organisationseinheiten des Amtes für Soziale Arbeit (Amt 51) mit deren Aufgaben, Arbeitsabläufen sowie internen und externen Beziehungen ausgewählt wurde,
 - gemäß Beschluss des Magistrats Nr. 1103 vom 05.12.2005 die Studie "Optimierung der Dokumentenlogistik" der European Business School (ebs) in den Masterplan eingearbeitet wurde und in der Laborplanung für einen Teilbereich von Amt 51 umgesetzt werden soll,
 - sich die Kosten der vorausgehenden Prozessanalyse und Feinplanung zur Definition des fachlichen Sollkonzepts des Labors durch die ebs auf brutto 60.000 EUR belaufen,
 - die Zeitplanung der Laborphase von einer Umsetzung innerhalb eines Jahres nach Beschlussfassung ausgeht.
2. Der Aufbau des eGovernment-Labors der Landeshauptstadt Wiesbaden wird beschlossen.
3. Es wird zugestimmt, dass für die Laborphase auf Basis einer grob geschätzten Kostenkalkulation Budgetmittel aus dem Projekt I.00111 „IT-Masterplan“ pauschal in Höhe von 500.000 EUR für externe Dienstleistungserbringungen freigegeben werden.

4. Eine aussagefähige, gesicherte Kostenkalkulation ist aufgrund vieler noch unbekannter Parameter, wie die Kosten der involvierten Firmen, der produktabhängigen Hardwareausstattung und den Aufwänden der WIVERTIS, nicht möglich. Die Mittel werden insbesondere eingesetzt u.a. für:
 - Prozessanalysen, Fachfeinkonzept (Soll-Konzept) und Begleitung der Umsetzung
 - Workshops/Beratung und Durchführung des Customizing
 - Hardwarebereitstellung und Verfahrensbetrieb
 - Beschaffung von Softwarelizenzen sowie deren Wartung und Pflege
 - Software Basisinstallation
 - Schnittstellenprogrammierung
5. Es wird zugestimmt, dass zur Auftragsvergabe und Durchführung der vorausgehenden Prozessanalyse und Feinplanung für einen Teilbereich von Amt 51 durch die ebs zur Definition des fachlichen Sollkonzepts des Labors Budgetmittel in Höhe von 60.000 EUR aus dem Projekt I.00111 „IT-Masterplan“ freigegeben werden.
6. Eine detaillierte Kostenabrechnung erfolgt im Rahmen des Laborberichtes. Mit dem Ergebnisbericht zur Laborphase wird die Planung zur Pilotierung einschl. einer Budgetplanung den Gremien der Landeshauptstadt Wiesbaden für die Fortsetzung der eGovernment-Aktivitäten zur Entscheidung vorgelegt.
7. Der Magistrat (Dezernat III/20) wird beauftragt, die haushaltstechnische Umsetzung vorzunehmen

(antragsgemäß Magistrat 22.05.2007 BP 0486)

Tagesordnung III

Wiesbaden, .06.2007

Horschler
Vorsitzender